

## **Niederschrift**

### über die Sitzung des Stadtrates - öffentlich -

Datum: 14.12.2011

Ort: Stadtverordnetensaal des Rathauses, Markt 1, 09111 Chemnitz

Zeit: 15:00 Uhr -19:38 Uhr

Vorsitz: Frau Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig

### Beschlussfähigkeit

Soll:	52	Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeisterin
Ist:	61	Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeisterin

### Anwesenheit

#### **Entschuldigt**

Herr Jörg Hopperdietzel	Fraktion DIE LINKE	dienstlich
Herr Christian Kempe	CDU-Ratsfraktion	Urlaub
Herr Jürgen Konrad	Fraktion FDP	dienstlich
Herr Thomas Lehmann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Urlaub
Herr Michael Walter	CDU-Ratsfraktion	dienstlich

#### **Verspätetes Erscheinen**

Frau Dr. Heidi Becherer	SPD-Fraktion	16:55 Uhr; TOP 8.8; Dienstreise
Herr Martin Kohlmann	Ratsfraktion PRO CHEMNITZ	15:14 Uhr; Top 5; dienstlich
Frau Ines Saborowski-Richter	CDU-Ratsfraktion	16:12 Uhr; TOP 8.3; Sächsischer Landtag
Herr Prof. Dr. Andreas Schmalfuß	Fraktion FDP	15:39Uhr; TOP 7.1; dienstlich

#### **Frühzeitiges Verlassen**

Herr Dr. Dieter Füsslein	Fraktion FDP	18:30 Uhr; TOP 9.1; Krankenbesuch
Herr Dr. Christoph Gericke	SPD-Fraktion	19:09 Uhr; TOP 8.10; beruflich
Herr Maik Otto	SPD-Fraktion	18:10 Uhr, TOP 8.18: Anschlussstermin

#### **beratend Teilnehmende**

Herr Berthold Brehm	Bürgermeister Dezernat 1
Frau Karin Genkel	Kinderbeauftragte
Herr Philip Rochold	Bürgermeister Dezernat 5
Herr Miko Runkel	Bürgermeister Dezernat 3
Frau Petra Wesseler	Bürgermeisterin Dezernat 6

**Bedienstete der Stadtverwaltung**

Frau Heike Decker	FBB
Frau Annekatriin Falk	Amtsleiterin Amt 14
Frau Beate Frech	Abteilungsleiterin Abt. 15.4
Frau Gunda Georgi	Amtsleiterin Amt 15
Frau Angelika Härtel	Amtsleiterin Amt 20
Herr Tilo Keller	Abteilungsleiter Abt. 20.2
Herr Karsten Köhler	Luther Rechtsanwälte
Frau Katrin Kretzschmar	Sachbearbeiterin Abt. 15.4
Frau Iris Mäding	Sachbearbeiterin Abt. 15.4
Frau Sabine Widmann	Abteilungsleiterin Abt. 30.1

**Fraktionsangestellte**

Frau Kristina Bierögel	CDU-Ratsfraktion
Herr Raimon Brete	Fraktion DIE LINKE
Herr Eduard Jenke	Fraktion FDP

**Schriftführerin**

Frau Ramona Seidel	Sachbearbeiterin Abt. 15.4
--------------------	----------------------------

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** eröffnet die Sitzung. Sie begrüßt die Stadtratsmitglieder, die Einwohnerinnen und Einwohner, die Gäste sowie die Vertreter der Medien.

Sie stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Sie bittet die Stadtratsmitglieder sich per Abstimmanlage anzumelden, um die tatsächliche Anwesenheit erfassen zu können, welche auch entsprechend in die Niederschrift aufgenommen wird.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 

Die Beschlussvorlage B-287/2011 (TOP 8.20) wird zurückgezogen und somit die Empfehlung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses aufgegriffen.

- 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Stadtrates - öffentlich - vom 09.11.2011
- 

Es liegt kein Einwand zu der Niederschrift vor. Die Niederschrift gilt somit als genehmigt.

4 Bekanntgabe eines Beschlusses aus der Sitzung des Stadtrates - nichtöffentlich - vom 09.11.2011

---

Der Stadtrat beschloss mit Beschluss B-271/12011 die Aufhebung des Rahmenvertrages vom 16./22.08.2002 sowie die Anpassung des Dienstleistungskonzessionsvertrages über die Abwasserentsorgung vom 12.12.2002 gemäß Anlage 3 der Beschlussvorlage und ermächtigt die Verwaltung zur Unterzeichnung dieser Vertragsanpassung einschließlich Anlagen sowie zur Vornahme eventueller redaktioneller Änderungen.

5 Informationen der Oberbürgermeisterin

---

Innenstadt

Das ehemalige RAWEMA-Gebäude an der Straße der Nationen wird sukzessive von seinen Mietern bezogen. Entsprechende Umbauten werden je nach Bedürfnissen der Mieter sowohl im Erdgeschoss als auch in den oberen Geschossen vorgenommen.

Die Einweihung des alten Saxonia-Brunnens an neuer Stelle ist mit einem Brunnenfest erfolgt.

Der 2. Bauabschnitt des Walls hat begonnen, es wird davon ausgegangen dass dieser weitestgehend im August 2012 abgeschlossen sein wird.

Auch im Sparkassengebäude am Johannisplatz gibt es erste Einzüge und Umbauten im Erdgeschossbereich. Hier wird davon ausgegangen, dass der Bau des Parkhauses im nächsten Jahr diese Vermietung weiter beflügeln wird.

Am „Haus der Archäologie“ wurden die Gerüste zum Teil abgebaut und die ursprüngliche Fassade sichtbar. Im Innenraum finden noch Bauarbeiten statt. Das Gebäude wird voraussichtlich Mitte des Jahres 2012 an den Freistaat Sachsen als Hauptmieter übergeben.

Zur Modernisierung der Stadthalle hat es einen Architekturwettbewerb gegeben. Dazu liegt eine Entscheidung vor, die offensichtlich sehr breite Akzeptanz gefunden hat. Über die Haushaltsplanung für die Jahre 2012 und folgende werde versucht, die Voraussetzungen für die Realisierung zu schaffen.

Die Jugendherberge wird im März 2012 eröffnet werden.

In die Aktienspinnerei als Eigentum des Freistaates Sachsen sollen 40 Mio. € investiert werden. Das Jahr 2012 wird ein wichtiges Planungsjahr für dieses Projekt sein.

Das Büro Speer & Partner beschäftigt sich mit dem Brühl als Gesamtkarree. Hier fand im Oktober dieses Jahres eine öffentliche Erstdiskussion statt. Das Thema hat viel Interesse gefunden. Im Januar wird dieser Dialog fortgesetzt werden und es soll zu einem Planungsergebnis für den Brühl kommen, um damit Voraussetzungen für Fördermittelanträge und weitere Gestaltungen zu erlangen.

Der Bauantrag zur Errichtung eines „Musik- und Kreativzentrums“ in der ehemaligen Karl-Liebknecht-Schule wird gegenwärtig geprüft. Hier handelt es sich jedoch um eine zeitweilige Nutzung für drei oder vier Jahre, da nicht ausgeschlossen ist, dass die Schule im Rahmen der Gesamtgestaltung des Brühls eventuell für andere Dinge genutzt werden wird. Für das jetzige Vorhaben soll das Gebäude mietfrei zur Verfügung gestellt werden, für alle Kosten würden die Nutzer aufkommen und dadurch zur Belebung des Brühls beitragen.

#### Brücke Dresdner Platz

Seit Mitte November wird der zweite Teil der alten Brücke am Dresdner Platz abgerissen. Voraussichtlich bis Ende Januar wird der Brückenabbruch dauern. Die Brückenwiderlager bleiben zur Sicherung der angrenzenden Bebauung stehen. Voraussetzung für den weiteren Abbruch war der Bau des Interimgleises und die Inbetriebnahme des elektronischen Stellwerkes der DB AG Ende Oktober dieses Jahres. Die Wohnungseigentümer der angrenzenden Wohnbebauungen wurden bereits im September von der Stadt über die notwendigen Nacharbeiten informiert. Zugleich mit den Arbeiten des Tiefbauamtes führt auch die Deutsche Bahn AG in diesem Bereich umfangreiche Baumaßnahmen im Zusammenhang mit dem Umbau Knoten Chemnitz durch. Die Arbeiten beider Bauträger finden in enger Abstimmung statt und verlaufen planmäßig. Ab Mitte März 2012 steht der Bau der neuen Brücke am Dresdner Platz an. Momentan werden die Angebote gewertet. Die Beauftragung für den Neubau der Brücke ist für Anfang Januar 2012 vorgesehen. Der Abschluss der gesamten Baumaßnahme ist für Ende 2013 geplant. Die Gesamtkosten werden ca. 25 Mio. € betragen.

#### Umbau der Musikschule

Nach den geplanten und ursprünglich in Aussicht gestellten Fördermitteln des Freistaates von 2 Mio. €, welche im Jahr 2011 auf 200.000 € abgesenkt wurden, war es notwendig, den Umbau neu zu überplanen. Mit der Überplanung des Raumprogramms wurde ein guter Kompromiss gefunden. Dieser sieht sieben zusätzliche Unterrichtsräume, einen Bandprobenraum und einen Konzertsaal vor. Die Musikschule soll in zwei Bauabschnitten saniert werden. Dabei ist der erste Bauabschnitt im Haushaltplanentwurf 2012 komplett enthalten. Für ca. 2 Mio. € wird der alte Anbau abgerissen und ein modifizierter Neubau entstehen. Auch für 2012 wird ein Fördermittelantrag gestellt. In den Jahren 2014 und 2015 soll der zweite Bauabschnitt erfolgen, wo es insbesondere um die Außenanlagen gehen wird.

#### Fraunhofer Straße

Am 25. Oktober 2011 erfolgte hier die Endabnahme. Die Baumaßnahme ist damit abgeschlossen. Es war eine koordinierte Baumaßnahme mit der eins Energie und dem Tiefbauamt. Im Zuge der Baumaßnahme wurde die Straße ausgebaut, Gasleitungen, Leitungen zur Löschwasserversorgung und Straßenbeleuchtung verlegt und Modernisierungen am Fernwärmenetz vorgenommen. Der Straßenbau erfolgte auf einer Gesamtlänge von 750 m bis zur Anbindung der neuen Erschließungsstraße an den Technologiecampus und schloss den Neubau der Turnstraße bis zur Reichenhainer Straße und die Anbindung der Lutherstraße mit ein. Die Baukosten betragen insgesamt 1,7 Mio. €. Die Maßnahme wurde im Rahmen des EFRE-Programms gefördert.

### 50 Jahre Partnerstadt Tampere

Herr Bürgermeister Brehm war in der vergangenen Woche zu Besuch in Tampere. Mit Tampere besteht die längste Städtepartnerschaft und es besteht die aktivste Partnerschaftsarbeit, von welcher beide Städte profitieren. Hierbei gibt es auch eine Reihe von Kontakten zwischen Kultur- und Sportvereinen. In Tampere gibt es bisher nur Busse im Nahverkehr, aber es zeichnet sich eine Entwicklung zur Straßenbahn ab. Es wurde ein Grundsatzbeschluss zum Ausbau der Straßenbahn-Infrastruktur gefasst. Händler aus Tampere haben Stände auf dem Chemnitzer Weihnachtsmarkt, Chemnitzer Händler wiederum sind auf dem Weihnachtsmarkt in Tampere vertreten. Tampere verfügt nunmehr als Gastgeschenke aus Chemnitz über ein Olbernhauer Reiterlein, einen Nussknacker und eine Pfefferkuchenfrau als Marktfiguren.

---

### 6 Fraktionserklärungen aus aktuellem Anlass

**Herr Stadtrat Siegel (Fraktion DIE LINKE)** beruft sich auf einen Artikel der heutigen Freien Presse, in welchem zu lesen sei, dass sich Chemnitz in der Wirtschaft sehr dynamisch entwickelt und 90 % der Unternehmer die öffentliche Sicherheit als positiv bewerten. Er sagt, dass demnach die Arbeit des Ordnungsbürgermeisters nicht so schlecht sein könne.

Er führt zum 5. März aus, dass man sich in Chemnitz dringender denn je auf diesen Tag vorbereiten müsse, um für Frieden, Demokratie und Toleranz zu demonstrieren und um einen Nazi-Aufmarsch zu verhindern. In Deutschland und auch teilweise in Chemnitz habe sich eine Kultur des Verharmlosens und Bagatellisierens der Gefahr von rechts entwickelt. Wichtig sei das Engagement von Demokraten gegen Gewalt und Intoleranz. Ein mögliches Verbot der NPD allein reiche nicht aus. Eine verbreitete Auffassung, Aufmärsche und Kundgebungen nazistischer Vereinigungen durch Nichtbeachtung zu bekämpfen, zeige Hilflosigkeit und völlige Fehleinschätzung der Lage. DIE LINKE werde sich gleichberechtigt in das Bündnis für Frieden und Toleranz einbringen und die Oberbürgermeisterin unterstützen, mit einer Erweiterung des Bündnisses und unter Einbeziehung vieler Bürger dafür zu sorgen, dass Nazis am 5. März keinen Platz in Chemnitz haben. Auch werde erwartet, dass Polizei und Ordnungskräfte den friedlichen Protest schützen und nicht die Nazis. Es solle bereits im Vorfeld des 5. März eine entsprechende Atmosphäre geschaffen werden, dass sehr viele Chemnitzer für Frieden und Toleranz auf die Straße gehen.

**Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** spricht zur Fusion der Stadtwerke AG mit der Erdgas Südsachsen GmbH zur eins energie und erinnert, dass die Entscheidung nicht unumstritten war und Nachweise der damals für die Dringlichkeit der schnellen Fusion vorgegebenen Gründe bis heute ausstehen. Während viele Kommunen in Deutschland aus guten Gründen den Weg der Stärkung oder Wiedererlangung der Eigenständigkeit bei der Daseinsvorsorge gehen, wurden in Chemnitz in Bezug auf die Energieversorgung Gestaltungsspielräume für die Zukunft aufgegeben. Die Errichtung eines Innovationsfonds für Klima- und Wasserschutz sollte durch Beschluss des Stadtrates lediglich als Empfehlung aufgenommen werden. Die Oberbürgermeisterin informierte nunmehr, dass die Gesellschafter der eins Energie dieser Empfehlung nicht folgen, sondern einen anderen Weg für deutlich wirksamer halten. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüße zwar die Entscheidung der eins energie, über 200 Mio. € in erneuerbare Energien zu investieren.

Dies schließe aber die Bildung eines Fonds nicht aus. Sie richtet einen Appell an die Gesellschafter, insbesondere an die Oberbürgermeisterin, über eine Alternative nachzudenken, die den Intensionen der Empfehlung des Stadtrats entspreche.

Zur Information der Oberbürgermeisterin über den geplanten Straßenbahnbau in Tampere sagt sie, dass ihre Fraktion hoffe, dass ihre Freude bis zur Entscheidung über den nächsten Nahverkehrsplan in Chemnitz anhalte.

Abschließend macht sie auf eine Aktion der lokalen Agenda 21 zur Chemnitz-Schokolade aufmerksam. Der Kakao stamme aus ökologischem Anbau und sei fair gehandelt. Sie hoffe, dass auch der Respekt für die Arbeit der lokalen Agenda weiter wachse, die schon mit der Aktion des fair gehandelten Chemnitz-Kaffees viel Positives für den überregionalen Ruf von Chemnitz geleistet habe.

---

## 7 Petitionen

---

### 7.1 Umleitung des Schwerlastverkehrs von der Chemnitztalstraße über den Gewerbepark Kiremun Vorlage: P-012/2011 Einreicher: Frau Yvonne Straach aus Chemnitz

---

Zur Petitionsvorlage wurde ein Änderungsantrag des Petitionsausschusses ausgebracht.

**Frau Bürgermeisterin Wesseler** stellt klar, dass mit dem Änderungsantrag des Petitionsausschusses zum Ausdruck gebracht werden solle, dass die Petition ernst genommen werde. Es sei damit aber nicht beabsichtigt, die Bundesstraße vollständig in das Gewerbegebiet zu verlegen. Wenn aber Optimierungsmöglichkeiten für den Ziel- und Quellverkehr des Gewerbegebiets „Kiremun“ bestehen, seien diese entsprechend zu berücksichtigen.

**Herr Stadtrat Tillmann (Fraktion FDP)** führt aus, dass seit Jahren täglich zahlreiche Lkw neben unzähligen Pkw den Straßenabschnitt in der Chemnitztalstraße zwischen Autobahn und Bornauer Straße passieren. Es solle zumindest der praktische Versuch unternommen werden, Abhilfe oder zumindest Minderung zu schaffen, was den Schwerlastverkehr angeht. Aus Sicht seiner Fraktion sollte die Errichtung einer direkten Anbindung des Gewerbeparks an die Autobahn mit verhältnismäßigen Mitteln möglich sein. Die Mittel waren bereits im Haushalt dieses Jahres eingeplant, allerdings erfolgte keine Umsetzung. Er befürchte, dass man Gefahr laufe Fördermittel zu verlieren und dass die TLG ihre Investitionsabsichten zu Ungunsten der Stadt Chemnitz überdenke, wenn nicht schnellstmöglich eine Lösung für den Gewerbepark „Kiremun“ gefunden werde. Er erwarte verlässliche Aussagen zur weiteren Umsetzung.

**Frau Bürgermeisterin Wesseler** betont, dass die Verwaltung die Entwicklung des Gewerbegebietes unterstütze. Ein Fördermittelantrag sei in Abstimmung mit der TLG bereits eingereicht, allerdings konnten durch die Landesdirektion in diesem Jahr keine Mittel dafür bereitgestellt werden. Deshalb konnte die Erschließungsmaßnahme in diesem Jahr noch nicht erfolgen. Sobald ein entsprechender Bescheid vorliege können die weiteren Schritte unternommen werden. Die finanziellen Mittel zur Umsetzung des Fördergebietes fänden sich in gleicher Höhe im Haushaltsplan 2012 wieder. Zurzeit sei die Erschließungsstraße eine Privatstraße, das Tiefbauamt habe sich bereiterklärt, diese Straße als öffentliche Straße zu widmen.

Dies sei eine Fördermittelbedingung. Bei der GA-Förderung für Gewerbegebiete sei es weitere Voraussetzung, dass mindestens zwei förderfähige Unternehmen, die sich dort neu ansiedeln oder vergrößern, benannt werden. Ansonsten drohe eine Rückzahlung von Fördermitteln. Insofern warte man auf die klare Aussage eines weiteren Unternehmens, das sich ansiedeln möchte.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** ergänzt, dass bereits abschließende Gespräche geführt werden und sich ein zweites Unternehmen im Gewerbepark ansiedeln möchte. Hier müssten sich der Eigentümer und das Großunternehmen einigen, die Verwaltung unterstütze dieses Vorhaben jedoch.

**Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP)** stellt fest, dass die Petition die Frage der Änderung und der besseren Erschließung des Gewerbegebietes zum Inhalt habe. Bei der Planung sollten die weitere Anbindung der Straße berücksichtigt und Vorbereitungen getroffen werden. Er fragt ob der Änderungsantrag des Petitionsausschusses insofern geändert werden könne, dass die Umleitung des Schwerlastverkehrs nicht bei der Beschlussfassung, sondern bei künftigen Planungen zu berücksichtigen sei.

**Frau Bürgermeisterin Wesseler** erklärt, dass mit dem vorliegenden Text die Intension gemeint sei, dies bereits bei der Planung zu berücksichtigen.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** weist darauf hin, dass es sich um einen formalen Antrag des Petitionsausschusses handele und Herr Dr. Füsslein diesen nicht ändern könne.

#### Abstimmung über den Änderungsantrag des Petitionsausschusses

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(50 Ja-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen)**

#### **Beschluss P-012/2011**

Der Stadtrat beschließt, die Petition zur Umleitung des Schwerlastverkehrs von der Chemnitztalstraße über den Gewerbepark Kiremun bei künftiger Beschlussfassung zu berücksichtigen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(50 Ja-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen)**

7.2 Bau der öffentlichen Abwasseranlage Bahnhofstraße in Mittelbach  
Vorlage: P-013/2011 Einreicher: Herr Karl Schneider aus Chemnitz u. a.

---

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

#### **Beschluss P-013/2011**

Der Stadtrat beschließt, die Verwaltung damit zu beauftragen, dem Stadtrat eine Änderung des Abwasserbeseitigungskonzepts zu Gunsten einer kostenfreien zentralen Erschließung für die Grundstücke der Bahnhofstraße und Feldstraße in Mittelbach vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt  
(4 Ja-Stimmen, 44 Nein-Stimmen,  
5 Stimmenthaltungen)**

8 Beschlussvorlagen

---

- 8.1 Stellvertretungsreihenfolge der Oberbürgermeisterin  
Vorlage: B-219/2011 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 15
- 

**Herr Stadtrat Siegel (Fraktion DIE LINKE)** bringt für seine Fraktion zum Ausdruck, dass diese mit dem Verfahren zur Stellvertretungsreihenfolge nicht einverstanden sei. Die Mitglieder seiner Fraktion seien der Auffassung, dass solche Personalangelegenheiten mit den Fraktionsvorsitzenden hätten beraten werden sollen.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** erklärt, dass ihr Vorschlag zu Stellvertretung vorliege und dieser mit den Betroffenen abgestimmt sei. Weiterhin habe sie auch aus diesem Grund persönlich den Verwaltungs- und Finanzausschuss geleitet, in welchem es keine anderen Erkenntnisse gab und die Empfehlung zum Einvernehmen gegeben wurde. Sie habe sich entschieden als Kriterium für die Vertretung die Anzahl der Dienstjahre zu nehmen und habe Herrn Bürgermeister Brehm gebeten weiterhin ihr Stellvertreter zu sein.

**Beschluss B-219/2011**

Der Stadtrat beschließt,

Herrn Bürgermeister Berthold Brehm zum 1. Stellvertreter,  
Frau Bürgermeisterin Petra Wesseler zur 2. Stellvertreterin,  
Herrn Bürgermeister Miko Runkel zum 3. Stellvertreter und  
Herrn Bürgermeister Philipp Rochold zum 4. Stellvertreter

im Falle der Verhinderung der Oberbürgermeisterin zu bestimmen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt  
(38 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen,  
3 Stimmenthaltungen)**

- 8.2 Überplanmäßige Mittelbereitstellung für die Bewirtschaftungskosten Winterdienst in Höhe von 607.788 €  
Vorlage: B-299/2011 Einreicher: Dezernat 6/Amt 66
- 

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Beschluss B-299/2011**

Der Stadtrat beschließt die überplanmäßige Mittelbereitstellung in den Produktsachkonten 5452000.42415200 Bewirtschaftungskosten Winterdienst ASR und 5452000.42415400 Bewirtschaftungskosten Winterdienst Umsetzung Notfallplan in Höhe von gesamt 607.788 € gemäß Anlage 1, Seite 2 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(49 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**



8.3 Überplanmäßige Mittelbereitstellung zu Gunsten des Budgets Jugendhilfe  
Vorlage: B-297/2011 Einreicher: Dezernat 5/Amt 51

---

Zur Beschlussvorlage wurde eine Änderung der Verwaltung ausgereicht.

**Frau Stadträtin Pester (Fraktion DIE LINKE)** stellt fest, dass der Grund für den erforderlichen Mehrbedarf die massiv gestiegenen Fallzahlen seien und nicht, wie zum Teil behauptet werde, dass die Träger nicht ordentlich mit den Mitteln arbeiten würden. Mit den Leistungsanbietern wurde für das Jahr 2011 eine Reduzierung der Entgelte um 4,8 % vereinbart und somit der entsprechende Ekko-Beschluss umgesetzt. Bereits diese Reduzierung und die gestiegenen Fallzahlen führten dazu, dass die Träger an ihrer Leistungsgrenze arbeiten. Um zukünftig solche Vorlagen zu vermeiden, müssten die unter Punkt 2 der Begründung angegebenen Ursachen beseitigt werden. Dies könne die Kommune allein jedoch nicht leisten. Die Fraktion DIE LINKE werde der Beschlussvorlage zustimmen, da es sich um eine Pflichtaufgabe handle und es um sozial schwache Kinder und Jugendliche gehe. Im Haushaltsjahr 2012 müsse jedoch genau geprüft werden, welche Planzahlen anzusetzen seien.

**Herr Stadtrat Horváth (SPD-Fraktion)** weist darauf hin, dass zwischen der Anlage 1 und der Änderung der Verwaltung eine Differenz zur Höhe der erforderlichen Mittel bestehe und bittet um Korrektur der Summe vor der Beschlussfassung.

**Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** erklärt, dass ihre Fraktion der Auffassung sei, dass gerade im präventiven Bereich Einsparungen eine fatale Entscheidung seien. Sie erkennt, dass im Bereich der Hilfen zur Erziehung in den letzten Jahren immer mehr Mittel benötigt wurden als eingestellt waren. Sie möchte wissen, wie realistisch Herr Bürgermeister Rochold die Planzahlen für das Jahr 2012 angesichts der letzten Jahre einschätze.

**Herr Bürgermeister Rochold** führt aus, dass die Zahlen schlecht vorhersehbar und steuerbar seien. Zu Beginn des Jahres werde sich in seinem Dezernat dazu verständigt werden, um ggf. die Zahlen etwas konkreter erarbeiten zu können. Er erklärt, dass die Summe von 973.549 €, welche in der Änderung der Verwaltung aufgeführt ist, die Maßgebliche sei.

**Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE)** sagt, dass die Beschlussvorlage in erster Linie ein soziales Problem sei. Er bittet bei der Analyse zu prüfen, wie effektiv die Maßnahmen „Hilfe zur Erziehung“ für die Verringerung der Fallzahlen seien und welche Möglichkeiten die Stadt habe die Ursachen zu beeinflussen.

**Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion)** erklärt, dass das Problem schon bekannt sei und die Verwaltung das Problem gemeinsam mit dem Stadtrat angehen solle, um Steuerungsmöglichkeiten zu finden.

**Beschluss B-297/2011**

Der Stadtrat beschließt die überplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 973.549 € für das Budget Jugendhilfe entsprechend der durch die Änderung der Verwaltung geänderten Anlage 1 Seiten 1 bis 5 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(50 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

- 8.4 Verordnung der Stadt Chemnitz über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen im Jahr 2012  
Vorlage: B-342/2011 Einreicher: Dezernat 3/Amt 32
- 

**Frau Stadträtin Schinkitz (Fraktion DIE LINKE)** führt aus, dass verstärkt Auszubildende im Handel gesucht werden und 80 % der Beschäftigten des Handels, zu großen Teilen nicht freiwillig, in Teilzeit arbeiten. Sie stellt fest, dass entsprechend der Vorlage gerade im Dezember, in welchem die Arbeitsbelastung am größten sei, die Geschäfte an zwei zusätzlichen Tagen geöffnet werden sollen. Sie erklärt abschließend, dass die Fraktionen in Vorberatungen zur Thematik nicht einbezogen wurden und dass alternatives Handeln notwendig sei.

**Beschluss B-342/2011**

Der Stadtrat beschließt die Verordnung der Stadt Chemnitz über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen im Jahr 2012 gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt  
(32 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen,  
7 Stimmenthaltungen)**

- 8.5 Feststellung Jahresrechnung 2010  
Vorlage: B-314/2011 Einreicher: Dezernat 1/Amt 20
- 

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** informiert über Festlegungen welche sie in ihrer Dienstberatung getroffen hat.

So sind die Prüffeststellungen durch die Bürgermeister und Amtsleiter auszuwerten, um zu gewährleisten, dass die Feststellungen und Empfehlungen des Rechnungsprüfungsamtes konsequent umgesetzt und Beanstandungen nachhaltig ausgeräumt werden. Auch sind notwendige Korrekturen bei der Erstellung der Eröffnungsbilanz zu berichtigen.

**Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE)** fragt, welche Kontrollmechanismen es gäbe, dass die getroffenen Festlegungen tatsächlich umgesetzt werden.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** erklärt, dass entsprechende Sachverhalte regelmäßig wieder vorgelegt werden müssen. Ferner nimmt die Amtsleiterin des Rechnungsprüfungsamt zu diesen Themen an den Dienstberatungen der Oberbürgermeisterin teil, wo Angelegenheiten angemahnt, diskutiert und ggf. neu festgelegt werden. Die meisten Sachverhalte werden so umgesetzt.

**Beschluss B-314/2011**

Der Stadtrat stellt gemäß § 88 Abs. 3 SächsGemO die Jahresrechnung 2010 fest.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(48 Ja-Stimmen, 6 Stimmenthaltungen)**

- 8.6 Anpassung von Gesellschaftsverträgen städtischer Unternehmen an neue  
Rechtssprechung  
Vorlage: B-339/2011 Einreicher: Dezernat 1/Amt 20
- 

Zur Beschlussvorlage wurde eine Änderung der Verwaltung ausgereicht.

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Beschluss B-339/2011**

Der Stadtrat beschließt die Änderung von Gesellschaftsverträgen gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(54 Ja-Stimmen)**

- 8.7 Anpassung des Gesellschaftsvertrages der Technologie Centrum Chemnitz GmbH  
(TCC) an die neue Rechtsprechung  
Vorlage: B-350/2011 Einreicher: Dezernat 1/Amt20
- 

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Beschluss B-350/2011**

Der Stadtrat beschließt die die Änderung des Gesellschaftsvertrages der Technologie Centrum Chemnitz gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(46 Ja-Stimmen)**

- 8.8 Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern der Städtischen Theater Chemnitz gGmbH  
Vorlage: B-259/2011 Einreicher: Dezernat 1/Amt 20
- 

Zur Beschlussvorlage wurden zwei Änderungen der Verwaltung sowie ein Änderungsantrag der Fraktion PRO CHEMNITZ und eine aktuelle Fassung dazu ausgereicht.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** führt zu den Beschlussvorlagen zu Wahlen von Aufsichtsratsmitgliedern (TOP 8.8 bis 8.11) ein. Sie erinnert, dass das Verwaltungsgericht Chemnitz aufgrund einer Klage der Fraktion PRO CHEMNITZ gegen den Stadtrat der Stadt Chemnitz am 12.10.2011 ein Urteil zur Wahl des Aufsichtsrates der GGG (Stadtratsbeschluss B-296/2009 vom 02.09.2009) gefällt habe.

Wegen der zeitlichen Überschneidung wurden die vorgesehenen Aufsichtsratswahlen der städtischen Beteiligungsgesellschaften Fortbildungszentrum Chemnitz gGmbH, Klinikum Chemnitz gGmbH, Städtische Theater Chemnitz gGmbH und Heim gemeinnützige GmbH Chemnitz im Einvernehmen mit dem Verwaltungs- und Finanzausschuss von der Tagesordnung des Stadtrates am 05.10.2011 genommen. Ziel war es, zunächst das Urteil des Verwaltungsgerichts schriftlich abzuwarten und dessen Auswirkungen zu prüfen. Im Rahmen dieser Prüfung ist die Verwaltung dabei zu der Auffassung gelangt, gegen die Entscheidung des VG Chemnitz die im Urteil ausdrücklich zugelassene Berufung einzulegen.

Die Verwaltung sei abweichend vom VG Chemnitz der Auffassung, dass das im Chemnitzer Stadtrat praktizierte Vorgehen bei der Wahl der Aufsichtsräte städtischer Unternehmen zulässig sei. Mit Schreiben des Dezernates 3, unterzeichnet von Herrn Bürgermeister Runkel und Herrn Bürgermeister Brehm, vom 30.11.2011 wurden alle Stadtratsmitglieder darüber informiert.

**Herr Stadtrat Kohlmann (Fraktion PRO CHEMNITZ)** erläutert die Änderungsanträge seiner Fraktion zu dieser und den folgenden Beschlussvorlagen. Mit diesen Anträgen gehe es um die Art und Weise der Wahlhandlung. Dabei müssten die Aufsichtsräte im Ganzen bestimmt werden und nicht nach einzelnen Funktionen. Die Fraktion PRO CHEMNITZ beantrage deshalb die Aufsichtsratsmitglieder auf die Weise zu wählen, wie es vom Verwaltungsgericht festgelegt wurde. So könnten weitere Klagen, welche unweigerlich kämen, vermieden werden. Er stellt abschließend fest, dass es nicht unzulässig sei im Wege des Urteils des Verwaltungsgerichts zu wählen.

**Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE)** fragt zu Herrn Dr. Stopp als vorgeschlagener externer Sachverständiger wie und durch wen er vorgeschlagen wurde und was ihn für dieses Amt befähige.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** erklärt, dass Herr Prof. Dr. Erfurth für dieses Amt nicht mehr zur Verfügung stehe. Herr Dr. Stopp wurde durch die Verwaltung vorgeschlagen, da es darum ging eine Person zu finden, die über übergreifende Kompetenz verfüge und wirtschaftliche Aspekte betrachten könne.

**Herr Bürgermeister Brehm** ergänzt, dass Herr Dr. Stopp aus dem aktiven Berufsleben ausgeschieden sei.

**Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE)** weist zu dieser Aussage darauf hin, dass aus der Vita hervorgehe, dass er eine eigene Gesellschaft gründen wolle.

**Frau Stadträtin Patt (CDU-Ratsfraktion)** möchte wissen, welchen Bezug er zu Chemnitz habe.

**Herr Bürgermeister Rochold** erklärt, dass Herr Dr. Stopp bereits Kontakt zu Chemnitz habe. Er informiert ferner über seine Beratungstätigkeit für die Stadt Geyer.

**Herr Stadtrat Dr. Schmalfuß (Fraktion FDP)** möchte wissen, was die Gesellschaftsverträge der Städtischen Theater gGmbH für diesen Fall vorsehen.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** erklärt, dass bewusst aktive Vertreter aus der Wirtschaft in den Unternehmen vertreten sein sollen. Dies sei im vorliegenden Fall auch von Bedeutung, weil die künstlerische Freiheit eine wirtschaftliche Basis benötige.

**Herr Keller (Abteilungsleiter Abt. 20.2)** führt aus, dass es in den Gesellschaftsverträgen keine speziellen Regelungen zum Berufsleben oder Ruhestand gäbe.

**Frau Stadträtin Patt (CDU-Ratsfraktion)** möchte sicherstellen, dass eine Person in den Aufsichtsrat gewählt werde, die mit Engagement agiere.

**Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion)** sagt, dass Herr Dr. Stopp schon lange in Chemnitz tätig sei. Er sei u. a. Mitglied der Initiative Süd-West-Sachsen. Auch habe er eine ausgezeichnete Expertise und einen sehr guten Ruf.

**Herr Stadtrat Meyer (Fraktion FDP)** beantragt eine Auszeit.

**Auszeit von 16:40 bis 16:55 Uhr**

Abstimmung über den Beschlusspunkt 1

**Abstimmungsergebnis:   mehrheitlich bestätigt  
                                  (48 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme,  
                                  2 Stimmenthaltungen)**

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion PRO CHEMNITZ zum  
Beschlusspunkt 2

**Abstimmungsergebnis:   mehrheitlich abgelehnt  
                                  (4 Ja-Stimmen, 46 Nein-Stimmen,  
                                  5 Stimmenthaltungen)**

Wahl des Vertreters der Verwaltung

Zur Wahl vorgeschlagen wird Herr Bürgermeister Rochold.

Da es Widerspruch zur offenen Wahl gibt, findet geheime Wahl statt.

Für die Wahlkommission werden Frau Bierögel, Herr Brete und Herr Jenke sowie als Schriftführerin Frau Mäding von der Geschäftsstelle des Stadtrates bestätigt. Die Wahlkommission bestimmt Herrn Jenke als ihren Vorsitzenden.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** erläutert den Stimmzettel und das Wahlverfahren.

**- Wahlhandlung -**

*Während der Auszählung der Wahlergebnisse durch die Wahlkommission wird in der Tagesordnung fortgefahren. Zu dieser Verfahrensweise gibt es keinen Widerspruch.*

*Die Wahlergebnisse zu den jeweiligen Beschlussvorlagen werden aufgrund der besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit am Ende des entsprechenden Tagesordnungspunktes aufgeführt, auch wenn sie erst zu einem späteren Tagesordnungspunkt durch die Oberbürgermeisterin bekannt gegeben wurden.*

### **Wahlergebnis**

anwesende Stimmberechtigte: 55  
abgegebene Stimmen: 54

davon  
gültige Stimmen: 50  
ungültige Stimmen: 1  
Stimmenthaltungen: 3

Von den gültigen Stimmen entfielen auf:

Rochold, Philipp 40 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen

Herr Rochold hat die erforderliche Mehrheit erreicht und ist somit gewählt.

### Wahl des externen Sachverständigen

Zur Wahl vorgeschlagen wird Herr Dr. Karl-Christian Stopp.

Da es Widerspruch zur offenen Wahl gibt, findet geheime Wahl statt.

Für die Wahlkommission werden Frau Bierögel, Herr Brete und Herr Jenke sowie als Schriftführerin Frau Mäding von der Geschäftsstelle des Stadtrates bestätigt. Die Wahlkommission bestimmt Herrn Jenke als ihren Vorsitzenden.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** erläutert den Stimmzettel und das Wahlverfahren.

### **- Wahlhandlung -**

### **Wahlergebnis**

anwesende Stimmberechtigte: 55  
abgegebene Stimmen: 54

davon  
gültige Stimmen: 48  
ungültige Stimmen: 1  
Stimmenthaltungen: 5

Von den gültigen Stimmen entfielen auf:

Dr. Stopp, Karl-Christian 28 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen

Herr Dr. Stopp hat die erforderliche Mehrheit erreicht und ist somit gewählt.

### Wahl der drei weiteren Aufsichtsratsmitglieder aus der Mitte des Stadtrates

Es stehen drei Plätze zur Verfügung.

Für die Mitglieder aus der Mitte des Stadtrates liegen folgende Wahlvorschläge vor:

**Wahlvorschlag 1: SPD-Fraktion**

Knorr, Cornelia

**Wahlvorschlag 2: CDU-Ratsfraktion**

Dr. Schultz, Gerhard

**Wahlvorschlag 3: Fraktion DIE LINKE**

Weber, Yvonne

**Wahlvorschlag 4: Fraktion FDP**

Dr. Füsslein, Dieter

Für die Wahlkommission werden Frau Bierögel, Herr Brete und Herr Jenke sowie als Schriftführerin Frau Mäding von der Geschäftsstelle des Stadtrates bestätigt. Die Wahlkommission bestimmt Herrn Jenke als ihren Vorsitzenden.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** erläutert den Stimmzettel und das Wahlverfahren.

**- Wahlhandlung -**

**Wahlergebnis**

anwesende Stimmberechtigte: 55  
abgegebene Stimmen: 55

davon  
gültige Stimmen: 55  
ungültige Stimmen: 0

Von den gültigen Stimmen entfielen auf:

Wahlvorschlag 1 (SPD-Fraktion)	16 Stimmen
Wahlvorschlag 2 (CDU-Ratsfraktion):	13 Stimmen
Wahlvorschlag 3 (Fraktion DIE LINKE):	15 Stimmen
Wahlvorschlag 4 (Fraktion FDP):	11 Stimmen

Somit wurden gewählt:

Knorr, Cornelia  
Dr. Schultz, Gerhard  
Weber, Yvonne

### **Beschluss B-259/2011**

1. Der Stadtrat beschließt, die bisher vom Stadtrat gewählten und widerruflich bestellten Aufsichtsratsmitglieder der Städtischen Theater Chemnitz gGmbH Frau Yvonne Weber (Fraktion Die LINKE), Frau Cornelia Knorr (SPD-Fraktion), Herrn Dr. Gerhard Schultz (CDU-Ratsfraktion) sowie Herrn Prof. Dr. Reinhard Erfurth abzuberufen.
2. Der Stadtrat wählt Herrn Philipp Rochold, Herrn Dr. Karl-Christian Stopp, Frau Cornelia Knorr, Herrn Dr. Gerhard Schultz sowie Frau Yvonne Weber und bestellt diese widerruflich in den Aufsichtsrat der Städtischen Theater Chemnitz gGmbH.

- 8.12 Abschluss von Konzessionsverträgen für die Lose "Strom Kerngebiet" und "Gas Kerngebiet"  
Vorlage: B-289/2011 Einreicher: Dezernat 3/Projektgruppe Konzessionen
- 

Zur Beschlussvorlage wurde eine Änderung der Verwaltung ausgereicht.

Da Frau Oberbürgermeisterin Ludwig und Herr Bürgermeister Brehm entsprechend § 16 VgV als Mitglied der Aufsichtsräte der VVHC, KVC und eins energie in sachsen GmbH & Co. KG befangen sind, übernimmt Herr Bürgermeister Runkel die Sitzungsleitung zu diesem und dem folgenden Tagesordnungspunkt 8.15.

Folgende Stadtratsmitglieder sind Mitglieder in entsprechenden Aufsichtsräten. Aus diesem Grund sind sie nach § 16 VgV befangen und es besteht für diese Stadtratsmitglieder Mitwirkungsverbot.

Herr Stadtrat Brückom, Frau Stadträtin Hochmuth, Herr Stadtrat Scherzberg, Herr Stadtrat Schmidt, Herr Stadtrat Jahn, Herr Stadtrat Dr. Füsslein, Herr Stadtrat Müller, Herr Stadtrat Fritzsche, Herr Stadtrat Dr. Gericke und Herr Stadtrat Neubert verlassen den ebenfalls den Sitzungssaal.

**Herr Bürgermeister Runkel** macht aufmerksam, dass darüber hinaus auch Stadtratsmitglieder als befangen gelten können, soweit sie oder ihre nahen Angehörigen in rechtlicher Beziehung zu einem Bieter oder als Berater eines solchen stehen. Er bittet auch diese Stadtratsmitglieder ihre Befangenheit anzuzeigen und den Sitzungssaal zu verlassen. Daraufhin verlässt Herr Stadtrat Möstl auch den Sitzungssaal.

Auf die Frage von **Herr Stadtrat Horváth (SPD-Fraktion)**, ob auch bei Kunden der eins energie in sachsen GmbH Befangenheit vorliege, erklärt **Herr Bürgermeister Runkel** dass hier keine rechtliche Beziehung bestehe.

Es besteht kein Handlungsbedarf.



### **Beschluss B-289/2011**

1. Der Stadtrat stimmt dem Abschluss des Konzessionsvertrages Strom betreffend des Kerngebiets der Stadt Chemnitz (Stadtgebiet mit Ausnahme der eingemeindeten Ortsteile Wittgensdorf, Mittelbach, Klaffenbach, Röhrsdorf, Kleinolbersdorf-Altenhain, Euba, Grüna und Einsiedel) gemäß Anlage 3 der Beschlussvorlage zu und ermächtigt die Verwaltung zur Unterzeichnung dieses Vertrages einschließlich Anlagen sowie zur Vornahme eventueller redaktioneller Änderungen. Dabei wird die Verwaltung ermächtigt, die noch zu erarbeitende Anlage 1.4 des Konzessionsvertrages Strom (bevorzugte Einrichtungen) zu erstellen und zu unterzeichnen.
2. Der Stadtrat stimmt dem Abschluss des Konzessionsvertrages Gas betreffend des Kerngebiets der Stadt Chemnitz (Stadtgebiet mit Ausnahme der eingemeindeten Ortsteile Wittgensdorf, Mittelbach, Klaffenbach, Kleinolbersdorf-Altenhain, Euba, Grüna und Einsiedel) gemäß Anlage 5 der Beschlussvorlage zu und ermächtigt die Verwaltung zur Unterzeichnung dieses Vertrages einschließlich Anlagen sowie zur Vornahme eventueller redaktioneller Änderungen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt  
(37 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen,  
4 Stimmenthaltungen)**

- 8.13 5. und 6. Nachtrag zum Konzessionsvertrag zwischen der Stadt Chemnitz und der eins energie in sachsen GmbH & Co. KG (bezüglich der Sparten Trinkwasserversorgung und Fernwärmeversorgung)  
Vorlage: B-270/2011 Einreicher: Dezernat 3/Projektgruppe Konzessionen
- 

Zur Beschlussvorlage wurde eine Änderung der Verwaltung ausgereicht.

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

### **Beschluss B-270/2011**

Der Stadtrat beschließt

1. den 5. Nachtrag zum Konzessionsvertrag vom 15.07.1992 zwischen der Stadt Chemnitz und der Stadtwerke Chemnitz AG (jetzt eins energie in sachsen GmbH & Co. KG) gemäß Anlage 3 (betrifft Sparte Trinkwasser) und ermächtigt die Verwaltung zur Unterzeichnung dieses Vertrages einschließlich Anlagen sowie zur Vornahme eventueller redaktioneller Änderungen.
2. den 6. Nachtrag zum Konzessionsvertrag vom 15.07.1992 zwischen der Stadt Chemnitz und der Stadtwerke Chemnitz AG (jetzt eins energie in sachsen GmbH & Co. KG) gemäß Anlage 5 (betrifft Sparte Fernwärme) und ermächtigt die Verwaltung zur Unterzeichnung dieses Vertrages einschließlich Anlagen sowie zur Vornahme eventueller redaktioneller Änderungen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(37 Ja-Stimmen, 6 Stimmenthaltungen)**

*Die Stadtratsmitglieder, welche die Sitzung aufgrund von Befangenheit verlassen haben, kehren in den Sitzungsraum zurück. Die Oberbürgermeisterin übernimmt wieder die Leitung der Sitzung.*

- 8.14 Änderung des Gesellschaftsvertrages der make IT GmbH  
Vorlage: B-344/2011 Einreicher: Dezernat1/Amt 20
- 

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Beschluss B-344/2011**

Der Stadtrat beschließt, den Gesellschaftervertreter der Stadt Chemnitz in der Gesellschafterversammlung der Versorgungs- und Verkehrsholding GmbH Chemnitz (VVHC) zu ermächtigen, den Änderungen des Gesellschaftsvertrages der make IT GmbH gemäß Anlage 3 der Beschlussvorlage einschließlich ggf. erforderlicher redaktioneller Änderungen zuzustimmen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(51 Ja-Stimmen, 4 Stimmenthaltungen)**

- 8.15 Wirtschaftsplan 2012 des Abfallentsorgungs- und Stadtreinigungsbetriebes der Stadt Chemnitz  
Vorlage: B-333/2011 Einreicher: Dezernat 1/ASR
- 

**Herr Stadtrat Zais (Fraktion DIE LINKE)** sagt, dass er mit der Information zu seiner Frage aus dem Ausschuss zu den mit dem Personalrat abstimmungspflichtigen Stellenübersichten auf den Seiten 36 und 37 der Anlage 3 zufrieden sei. Er erwarte aber, dass dies zukünftig bei Wirtschaftsplänen im Vorfeld abgestimmt werde. Da die Abstimmung bei der vorliegenden Beschlussvorlage noch nicht geschehen sei, empfehle er seiner Fraktion sich der Stimme zu enthalten.

**Beschluss B-333/2011**

Der Stadtrat der Stadt Chemnitz beschließt den Wirtschaftsplan 2012 des Abfallentsorgungs- und Stadtreinigungsbetriebes der Stadt Chemnitz gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(35 Ja-Stimmen, 20 Stimmenthaltungen)**

- 8.16 Wirtschaftsplan 2012 des Entsorgungsbetriebes der Stadt Chemnitz  
Vorlage: B-318/2011 Einreicher: Dezernat 1/ESC
- 

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Beschluss B-318/2011**

Der Stadtrat der Stadt Chemnitz beschließt gemäß § 15 des Sächsischen Eigenbetriebengesetzes und § 11 Abs. 2 lit. d) der Betriebssatzung des Entsorgungsbetriebes der Stadt Chemnitz (ESC) den Wirtschaftsplan 2012 für den Eigenbetrieb „Entsorgungsbetrieb der Stadt Chemnitz“ gemäß Anlage 1 in Verbindung mit Anlage 3 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(52 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

- 8.17 Wirtschaftsplan 2012 des Friedhofs- und Bestattungsbetriebes der Stadt Chemnitz  
Vorlage: B-330/2011 Einreicher: Dezernat 1/FBB
- 

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Beschluss B-330/2011**

Gemäß § 15 des Sächsischen Eigenbetriebsgesetzes und § 11 Abs. 2 Punkt d) der Betriebssatzung Friedhofs- und Bestattungsbetriebes der Stadt Chemnitz wird der Wirtschaftsplan für den Eigenbetrieb Friedhofs- und Bestattungsbetrieb der Stadt Chemnitz gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage festgesetzt

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(51 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

- 8.18 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung in der Stadt Chemnitz (Straßenreinigungssatzung - StrRS)  
Vorlage: B-200/2011 Einreicher: Dezernat 6/ASR
- 

Zur Beschlussvorlage wurden eine Änderung der Verwaltung sowie je ein Änderungsantrag der Fraktion PRO CHEMNITZ und der CDU-Ratsfraktion ausgereicht. Der Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion wurde zwischenzeitlich zurückgezogen.

**Herr Stadtrat Kraneis (SPD-Fraktion)** fragt Herrn Bürgermeister Runkel, ob die im Betriebsausschuss abgestimmte Fassung der Vorlage insgesamt durch ihn auf Rechtssicherheit geprüft wurde.

**Herr Bürgermeister Runkel** erklärt, dass diese geprüft wurde und rechtlich vertretbar und korrekt sei.

**Herr Stadtrat Kraneis (SPD-Fraktion)** stellt fest, dass von den Sachverhalten, welche in der Änderung der Verwaltung enthalten seien, vorher nicht gesprochen wurde und diese neuen Termini nicht in der Chemnitzer Straßenreinigungssatzung enthalten seien.

**Frau Bürgermeisterin Wesseler** erläutert die Änderung der Verwaltung im Zusammenhang mit der Systematik der Satzung. Sie stellt fest, dass es im § 5 der Satzung um den Winterdienst auf Gehwegen gehe. Dabei regle der Absatz 1, wie die Gehwege zu reinigen seien. Im Absatz 2 der bisherigen Fassung wurden bisher öffentliche Haltestellen im Zusammenhang mit öffentlichen Verkehrsmitteln und Schulbussen geregelt. Dabei wurde festgestellt, dass diese Regelung einen unsicheren Rechtsbegriff beinhalte. Dies sollte mit der Vorlage neu geregelt werden. Hierbei wurde sich im Betriebsausschuss am Vorschlag der Stadt Dresden orientiert. In Analogie hierzu wurde die Änderung der Verwaltung erarbeitet. Die Präzisierung passe in der Logik der Systematik gut in die Chemnitzer Satzung.

**Herr Stadtrat Ziems (Fraktion PRO CHEMNITZ)** verweist auf die Begründung zur Beschlussvorlage zum Beräumen von Haltestellen und erinnert, dass der Vorschlag war, dass die Haltestelle komplett von Schnee zu beräumen sei. Dass die jetzige Fassung aus dem Betriebsausschuss heraus eine Präzisierung sei, könne er nicht zustimmen, da nicht geregelt werde, wie breit die genannten Durchgänge sein sollen. Er verweist auf die Satzung der Stadt Berlin, welche als Vergleich nicht vorgelegt wurde, in welcher klar geregelt sei, wer für die Beräumung verantwortlich sei. Er wirbt für den Änderungsantrag seiner Fraktion.

**Frau Stadträtin Patt (CDU-Ratsfraktion)** führt aus, dass mit der vorgelegten Regelung die Frage der Haftung nicht geklärt werden könne, für den Fall wenn Anlieger ihren Räumpflichten nachgekommen seien und anschließend durch ein Räumfahrzeug die zu beräumende Fläche wieder zugeschoben werde. Aus ihrer Sicht sei in diesen Fällen der Grundstückseigentümer mit dem Haftungsrisiko belastet. Diese Regelung werde zu einer völlig unklaren Verantwortungssituation führen.

**Herr Stadtrat Horváth (SPD-Fraktion)** meint, dass die Formulierung der Änderung der Verwaltung unpräzise sei und erläutert dies. Für ihn sei fraglich ob die Regelung konform mit den Paragraphen 2 und 3 der Satzung gehe. Mit dieser Formulierung sei man weit von der Problematik Haltestellen entfernt.

**Herr Wüpper (Betriebsleiter ASR/ESC)** erklärt, dass juristisch entschieden wurde, dass die Räumspflicht der Anlieger ganztägig anhalte, solange entsprechende Räumleistungen zu erbringen seien. Dies beinhalte auch, dass nach der Beräumung durch Anlieger wieder beräumt werden müsse, wenn es durch Räumfahrzeuge zu erneuten Beeinträchtigungen komme. Er glaubt nicht, dass es hier eine bürgerfreundlichere Lösung geben könne.

Zu den Termini in der Änderung der Verwaltung sagt er, dass dies daraus resultiere, dass die Satzungsformulierung der Stadt Dresden im Betriebsausschuss gewählt wurde, weil die deutliche Mehrheit der Mitglieder der Annahme sei, dass diese die größte Zustimmung fände.

**Herr Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion)** betont, dass es nicht tragbar wäre, die Satzung erneut zu vertagen. Die Beschlussfassung müsse heute erfolgen.

**Frau Stadträtin Patt (CDU-Ratsfraktion)** ergänzt, dass es grundsätzlich darum gehe, wem was zugemutet werden solle. Dabei wäre die Frage, ob man den Grundstückseigentümern eine enorm ausgeweitete Räumspflicht mit erhöhtem Haftungsrisiko zumuten möchte.

**Herr Stadtrat Ziems (Fraktion PRO CHEMNITZ)** stellt klar, dass mit dem Änderungsantrag seiner Fraktion der Bürger aus der Haftung genommen und das jeweilige Unternehmen dazu verpflichtet werde.

**Herr Stadtrat Horváth (SPD-Fraktion)** fragt konkret, ob der Fahrbahnrand durchgängig von Schneewällen freizuhalten sei. Ferner möchte er wissen, ob die Regelungen in den Paragraphen 2 und 3 als Ermächtigungsgrundlage ausreichen. Auch möchte er den Begriff „regelmäßig benutzte Fahrbahnübergangsstellen“ definiert haben. Abschließend fragt er ob der Begriff „Haltestellenbereiche“ inhaltsgemäß den Formulierungen im § 3 Abs. 3 Nr. 5 entspreche. Er weist darauf hin, dass die Regelungen zu Überwegen doppelt beschlossen werden.

**Herr Stadtrat Höfler (CDU-Ratsfraktion)** sagt, dass in Erfenschlag in der Vergangenheit der ASR die Bushaltestellen im Winter beräumt habe. Er fragt, warum das nicht beibehalten werden solle.

**Herr Stadtrat Kraneis (SPD-Fraktion)** hält es für unangemessen, wenn in die bisherige Fassung die Formulierungen der Dresdner Satzung und damit andere Bereiche aufgenommen werden. Die Umsetzung sei realistisch rein technisch nicht möglich.

**Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE)** führt aus, dass die Eigentümer von Mehrfamilienhäusern die Beräumung auf die Mieter umlegen. Die Beräumung muss von jedem anderen Grundstückseigentümer genauso erwartet werden. Er sagt, dass in der Satzung nicht jedes Detail geregelt werden könne, sondern auch an die Vernunft Aller appelliert werden müsse.

**Herr Stadtrat Siegel (Fraktion DIE LINKE)** versteht die Aufregung zur Thematik nicht. In der bisher gültigen Satzung sei alles geregelt. Es wurde der Versuch unternommen, dies zu präzisieren, dies sei aber nicht für alle Fälle möglich. Das grundsätzliche Problem sei, ob eine Übertragung der Reinigungspflichten erfolgen solle oder nicht. Chemnitz habe sich für die Übertragung entschieden und dies solle so beibehalten werden.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** erklärt, dass alle Ortschaftsräte die ursprünglich vorgelegte Fassung der Vorlage und damit die Tatsache, dass die Räumspflicht bei den Anliegern bleibe, akzeptierten, obwohl es dort die meisten Eigenheimbesitzer gäbe. Sie appelliert, dass heute eine Beschlussfassung erfolge.

**Herr Stadtrat Kraneis (SPD-Fraktion)** erinnert, dass der Grund der Vertagung darin lag, dass eine offensichtlich unabgestimmte Beschlussvorlage zur Beratung vorlag.

**Herr Wüpper** führt aus, dass es mit der Beschlussvorlage zu keiner Ausweitung der jetzt bestehenden Räumpflichten für Bürger käme. Es wurde lediglich eine präzisere Formulierung gewählt. Zu den Fragen von Herrn Horváth sagt er, dass die Formulierungen der kurzfristigen Diskussion im Betriebsausschuss geschuldet seien. Zur Aussage von Herrn Ziems, sagt er, dass er es schon aus finanziellen Gründen nicht praktikabel fände, der CVAG diese Räumspflicht zu übertragen.

**Frau Bürgermeisterin Wesseler** ergänzt, dass der § 2 der bisherigen Satzung in Ergänzung des § 1 zu sehen sei. Insofern passt die Präzisierung zur Logik der Satzung.

**Frau Stadträtin Schaper (Fraktion DIE LINKE)** stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte und bittet um Abstimmung.

**Herr Stadtrat Horváth (SPD-Fraktion)** spricht gegen den Geschäftsordnungsantrag, da er gern vor der Beschlussfassung seine Fragen beantwortet haben möchte.

**Herr Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion)** spricht für den Geschäftsordnungsantrag und fragt worüber letztendlich abgestimmt werde.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** erklärt, dass zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion PRO CHEMNITZ und anschließend über die Beschlussvorlage einschließlich der Änderung der Verwaltung abgestimmt werde.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich bestätigt**  
**(36 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen,**  
**9 Stimmenthaltungen)**

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion PRO CHEMNITZ

**Abstimmungsergebnis:                   mehrheitlich abgelehnt**  
**(4 Ja-Stimmen, 46 Nein-Stimmen,**  
**4 Stimmenthaltungen)**

**Beschluss B-200/2011**

Der Stadtrat beschließt die 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung in der Stadt Chemnitz (Straßenreinigungssatzung) gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage einschließlich der Änderung der Verwaltung.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt**  
**(28 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen,**  
**5 Stimmenthaltungen)**

8.9      Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern der Fortbildungszentrum Chemnitz gGmbH  
Vorlage: B-257/2011                    Einreicher: Dezernat 1/Amt 20

---

Zur Beschlussvorlage wurden eine Änderung der Verwaltung sowie ein Änderungsantrag der Fraktion PRO CHEMNITZ ausgereicht.

Abstimmung über den Beschlusspunkt 1

**Abstimmungsergebnis:   mehrheitlich bestätigt**  
**(50 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme,**  
**2 Stimmenthaltungen)**

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion PRO CHEMNITZ zum Beschlusspunkt 2

**Abstimmungsergebnis:   mehrheitlich abgelehnt**  
**(4 Ja-Stimmen, 48 Nein-Stimmen,**  
**2 Stimmenthaltungen)**

Wahl des Vertreters der Verwaltung

Zur Wahl vorgeschlagen wird Herr Bürgermeister Rochold.

Da es Widerspruch zur offenen Wahl gibt, findet geheime Wahl statt.

Für die Wahlkommission werden Frau Bierögel, Herr Brete und Herr Jenke sowie als Schriftführerin Frau Mäding von der Geschäftsstelle des Stadtrates bestätigt. Die Wahlkommission bestimmt Herrn Jenke als ihren Vorsitzenden.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** erläutert den Stimmzettel und das Wahlverfahren.

## **Wahlergebnis**

anwesende Stimmberechtigte: 55  
abgegebene Stimmen: 53

davon  
gültige Stimmen: 51  
ungültige Stimmen: 1  
Stimmenthaltungen: 1

Von den gültigen Stimmen entfielen auf:

Rochold, Philipp 39 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen

Herr Rochold hat die erforderliche Mehrheit erreicht und ist somit gewählt.

## Wahl der sieben weiteren Aufsichtsratsmitglieder aus der Mitte des Stadtrates

Es stehen sieben Plätze zur Verfügung.

Für die Mitglieder aus der Mitte des Stadtrates liegen folgende Wahlvorschläge vor:

### **Wahlvorschlag 1: SPD-Fraktion**

Bauer, Eckehardt  
Dr. Becherer, Heidemarie

### **Wahlvorschlag 2: CDU-Ratsfraktion**

Höfler, Joachim  
Saborowski-Richter, Ines

### **Wahlvorschlag 3: Fraktion DIE LINKE**

Pester, Sabine  
Zais, Karl-Friedrich

### **Wahlvorschlag 4: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Rösler, Kai

### **Wahlvorschlag 5: Fraktion FDP**

Tillmann, Gordon

### **Wahlvorschlag 6: Fraktion PRO CHEMNITZ**

Ziems, Joachim

Für die Wahlkommission werden Frau Bierögel, Herr Brete und Herr Jenke sowie als Schriftführerin Frau Mäding von der Geschäftsstelle des Stadtrates bestätigt. Die Wahlkommission bestimmt Herrn Jenke als ihren Vorsitzenden.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** erläutert den Stimmzettel und das Wahlverfahren.

**- Wahlhandlung -**

**Wahlergebnis**

anwesende Stimmberechtigte: 54  
abgegebene Stimmen: 53

davon  
gültige Stimmen: 53  
ungültige Stimmen: 0

Von den gültigen Stimmen entfielen auf:

Wahlvorschlag 1 (SPD-Fraktion)	12 Stimmen
Wahlvorschlag 2 (CDU-Ratsfraktion):	13 Stimmen
Wahlvorschlag 3 (Fraktion DIE LINKE):	14 Stimmen
Wahlvorschlag 4 (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	4 Stimmen
Wahlvorschlag 5 (Fraktion FDP):	6 Stimmen
Wahlvorschlag 6 (Fraktion PRO CHEMNITZ)	4 Stimmen

Somit wurden gewählt:

Bauer, Eckehard  
Dr. Becherer, Heidemarie  
Höfler, Joachim  
Saborowski-Richter, Ines  
Pester, Sabine  
Zais, Karl-Friedrich  
Tillmann, Gordon

**Beschluss B-257/2011**

1. Der Stadtrat beschließt, die bisher vom Stadtrat gewählten und widerruflich bestellten Aufsichtsratsmitglieder der Fortbildungszentrum Chemnitz gGmbH Herrn Eckehard Bauer (SPD-Fraktion), Frau Sabine Pester (Fraktion DIE LINKE), Frau Ines Saborowski-Richter (CDU-Ratsfraktion), Herrn Gordon Tillmann (Fraktion FDP), Herrn Kai Rösler (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), Frau Dr. Heidemarie Becherer (SPD-Fraktion) sowie Herrn Joachim Höfler (CDU-Ratsfraktion) abzuberufen.
2. Der Stadtrat wählt Herrn Philipp Rochold, Herrn Eckehard Bauer, Frau Dr. Heidemarie Becherer, Herrn Joachim Höfler, Frau Ines Saborowski-Richter, Frau Sabine Pester, Herrn Karl-Friedrich Zais sowie Herrn Gordon Tillmann und bestellt diese widerruflich in den Aufsichtsrat der Fortbildungszentrum Chemnitz gGmbH.

8.19 Abberufung einer sachkundigen Einwohnerin aus dem Sozialausschuss  
Vorlage: B-305/2011 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 15

---

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.



**Beschluss B-305/2011**

Der Stadtrat beruft die sachkundige Einwohnerin des Sozialausschusses, Frau Kerstin Obermeyer, ab.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(50 Ja-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen)**

- 8.20 Bauausführungsbeschluss für die Komplettsanierung Kindertagesstätte Ludwig-Richter-Straße 27, 09131 Chemnitz  
Vorlage: B-287/2011 Einreicher: Dezernat 1/SE 17
- 

Die Beschlussvorlage wurde unter TOP 2 zurückgezogen.

- 9 Informationsvorlagen

- 9.1 Schlussbericht über das Prüfungsergebnis der Jahresrechnung 2010  
Vorlage: I-067/2011 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 14
- 

**Herr Stadtrat Lesch (Fraktion FDP)** fragt zu den Angaben auf Seite 46, warum die Verwaltung in der aktuellen Haushaltsplanung nicht auf die Anmerkungen des Rechnungsprüfungsamtes zu den Besucherzahlen in den Einrichtungen der Kunstsammlungen einlenke.

**Herr Bürgermeister Rochold** informiert, dass die Schätzungen bereits gemacht waren und im nächsten Jahr dies neu geprüft werde.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

- 9.2 Finanzcontrolling per 30.09.2011  
Vorlage: I-069/2011 Einreicher: Dezernat1/Amt 20
- 

**Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE)** fragt, wann die Beschlussvorlage zum Erfüllungsstand des Ekko als auch die Eröffnungsbilanz vorgelegt werde.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** informiert, dass die Beschlussvorlage zum Ekko in der Endabstimmung sei und fristgerecht für die Vorberatungen ausgereicht werde.

**Herr Bürgermeister Brehm** informiert zur Eröffnungsbilanz, dass die letzten Bewertungsdaten bis zum 30.06.2012 an die Kämmerei geliefert werden. Zum 30.09.2012 wird diese dem Rechnungsprüfungsamt zur Prüfung übergeben werden. Die Stadtratsmitglieder können parallel mit einer Informationsvorlage über die Eröffnungsbilanz informiert werden. Zu den Auswirkungen auf den Haushaltsbeschluss erklärt er, dass die Gesetzesvorgaben so nicht eingehalten werden können, die Haushaltssatzung für das Jahr 2012 dennoch genehmigungsfähig sei.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

8.10 Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern der Klinikum Chemnitz gGmbH  
Vorlage: B-258/2011 Einreicher: Dezernat 1/Amt 20

---

Zur Beschlussvorlage wurden eine Änderung der Verwaltung sowie ein Änderungsantrag der Fraktion PRO CHEMNITZ ausgereicht.

Abstimmung über den Beschlusspunkt 1

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt  
(50 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme,  
1 Stimmenthaltung)**

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion PRO CHEMNITZ zum  
Beschlusspunkt 2

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt  
(9 Ja-Stimmen, 44 Nein-Stimmen,  
1 Stimmenthaltung)**

**Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** erklärt, dass bei der Abstimmung der Mitglieder ihrer Fraktion ein Versehen passiert sei und sie nicht für den Änderungsantrag der Fraktion PRO CHEMNITZ stimmen wollten.

Wahl des Vertreters der Verwaltung

Zur Wahl vorgeschlagen wird Herr Bürgermeister Rochold.

Da es keinen Widerspruch gibt, findet offene Wahl statt.

**Wahlergebnis: mehrheitlich gewählt  
(46 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen,  
6 Stimmenthaltungen)**

Herr Rochold hat die erforderliche Mehrheit erreicht und ist somit gewählt.

Wahl der fünf weiteren Aufsichtsratsmitglieder aus der Mitte des Stadtrates

Es stehen fünf Plätze zur Verfügung.

Für die Mitglieder aus der Mitte des Stadtrates liegen folgende Wahlvorschläge vor:

**Wahlvorschlag 1: SPD-Fraktion**

Dr. Becherer, Heidemarie

**Wahlvorschlag 2: CDU-Ratsfraktion**

Dr. Müller, Ullrich  
Walter, Michael

**Wahlvorschlag 3: Fraktion DIE LINKE**

Schaper, Susanne  
Dr. Langer, Eberhard

**Wahlvorschlag 4: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Zais, Petra

**Wahlvorschlag 5: Fraktion FDP**

Prof. Dr. Schmalfuß, Andreas

**Wahlvorschlag 6: Fraktion PRO CHEMNITZ**

Kohlmann, Martin

Für die Wahlkommission werden Frau Bierögel, Herr Brete und Herr Jenke sowie als Schriftführerin Frau Mäding von der Geschäftsstelle des Stadtrates bestätigt. Die Wahlkommission bestimmt Herrn Jenke als ihren Vorsitzenden.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** erläutert den Stimmzettel und das Wahlverfahren.

**- Wahlhandlung -**

**Wahlergebnis**

anwesende Stimmberechtigte: 54  
abgegebene Stimmen: 54

davon  
gültige Stimmen: 54  
ungültige Stimmen: 0

Von den gültigen Stimmen entfielen auf:

Wahlvorschlag 1 (SPD-Fraktion)	11 Stimmen
Wahlvorschlag 2 (CDU-Ratsfraktion):	13 Stimmen
Wahlvorschlag 3 (Fraktion DIE LINKE):	13 Stimmen
Wahlvorschlag 4 (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7 Stimmen
Wahlvorschlag 5 (Fraktion FDP):	6 Stimmen
Wahlvorschlag 6 (Fraktion PRO CHEMNITZ)	4 Stimmen

Somit wurden gewählt:

Dr. Becherer, Heidemarie  
Dr. Müller, Ullrich  
Schaper, Susanne  
Zais, Petra  
Prof. Dr. Schmalfuß, Andreas

**Beschluss B-258/2011**

1. Der Stadtrat beschließt die bisherigen vom Stadtrat gewählten und widerruflich bestellten Aufsichtsratsmitglieder der Klinikum Chemnitz gGmbH Frau Dr. Heidemarie Becherer (SPD-Fraktion), Frau Susanne Schaper (Fraktion DIE LINKE), Herrn Prof. Dr. Andreas Schmalfuß (Fraktion FDP), Herrn Dr. Eberhard Langer (Fraktion DIE LINKE) und Herrn Dr. Ullrich Müller (CDU-Ratsfraktion) als Aufsichtsratsmitglieder der Klinikum Chemnitz gGmbH abzurufen.
2. Der Stadtrat wählt Herrn Philipp Rochold, Frau Dr. Heidemarie Becherer, Herrn Dr. Ullrich Müller, Frau Susanne Schaper, Frau Petra Zais sowie Herrn Prof. Dr. Andreas Schmalfuß und bestellt diese in den Aufsichtsrat der Klinikum Chemnitz gGmbH.

- 9.3 Beteiligungsbericht der Stadt Chemnitz auf Basis der Ergebnisse 2010  
Vorlage: I-073/2011 Einreicher: Dezernat 1/Amt 20
- 

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

- 9.4 Qualifizierter Mietspiegel 2012 der Stadt Chemnitz  
Vorlage: I-075/2011 Einreicher: Dezernat 1 / Amt 18
- 

**Herr Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion)** fragt, ob die Oberbürgermeisterin wisse, dass dieser Mietspiegel bedeuten könne, dass bei 3,3 % Mieterhöhung die Mieten um ca. 20 €/Monat steigen könnten.

**Herr Bürgermeister Brehm** führt aus, dass es richtig sei, dass aufgrund des Mietspiegels die Mieten erhöht werden könnten. Er erklärt, dass der qualifizierte Mietspiegel aller zwei Jahre fortgeschrieben werden müsse und die Wohnungswirtschaft diesen qualifizierten Mietspiegel wünsche. Es wurde mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, dass die GGGmbH auf Mieterhöhungen verzichte.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

- 8.11 Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern der Heim gemeinnützigen GmbH für medizinische Betreuung, Senioren und Behinderte Chemnitz  
Vorlage: B-260/2011 Einreicher: Dezernat 1/Amt 20
- 

Zur Beschlussvorlage wurden zwei Änderungen der Verwaltung sowie ein Änderungsantrag der Fraktion PRO CHEMNITZ ausgereicht.

Abstimmung über den Beschlusspunkt 1

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(45 Ja-Stimmen)**

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion PRO CHEMNITZ zum  
Beschlusspunkt 2

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt  
(4 Ja-Stimmen, 49 Nein-Stimmen)**

Wahl der Vertreter der Klinikum Chemnitz gGmbH

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** informiert, dass Herr Dr. Horneber aus der Klinikum Chemnitz gGmbH ausscheidet und somit die Mitgliedschaft im Aufsichtsrat nicht mehr wahrnehmen werde.

Als Vertreter der Klinikum Chemnitz gGmbH werden durch diese somit Herr Forbrig, Herr Lars Kockisch, Herr Dr. Veikko Gottschalk, Herr Dr. Dieter Baaske und Herr Christian Rösler vorgeschlagen.

Da es keinen Widerspruch gibt, findet die Wahl offen und en bloc statt.

**Wahlergebnis:           mehrheitlich gewählt  
(47 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme,  
4 Stimmenthaltungen)**

Herr Matthias Forbrig, Herr Lars Kockisch, Herr Dr. Veikko Gottschalk, Herr Dr. Dieter Baaske und Herr Christian Rösler haben die erforderliche Mehrheit erreicht und sind somit gewählt.

Wahl des Vertreters der Verwaltung

Zur Wahl vorgeschlagen wird Herr Bürgermeister Rochold.

Da es keinen Widerspruch gibt, findet offene Wahl statt.

**Wahlergebnis:           mehrheitlich gewählt  
(46 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen,  
4 Stimmenthaltungen)**

Herr Rochold hat die erforderliche Mehrheit erreicht und ist somit gewählt.

Wahl der zwei weiteren Aufsichtsratsmitglieder aus der Mitte des Stadtrates

Es stehen zwei Plätze zur Verfügung.

Für die Mitglieder aus der Mitte des Stadtrates liegen folgende Wahlvorschläge vor:

**Wahlvorschlag 1:   SPD-Fraktion**

Szymenderski, Peggy

**Wahlvorschlag 2:   CDU-Ratsfraktion**

Ulbrich, Falk

**Wahlvorschlag 3:   Fraktion DIE LINKE**

Schulze, Jan

**Wahlvorschlag 4:   Fraktion FDP**

Konrad, Jürgen

Für die Wahlkommission werden Frau Bierögel, Herr Brete und Herr Jenke sowie als Schriftführerin Frau Mäding von der Geschäftsstelle des Stadtrates bestätigt. Die Wahlkommission bestimmt Herrn Jenke als ihren Vorsitzenden.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** erläutert den Stimmzettel und das Wahlverfahren.

### - Wahlhandlung -

#### Wahlergebnis

anwesende Stimmberechtigte: 53  
abgegebene Stimmen: 52

davon  
gültige Stimmen: 52  
ungültige Stimmen: 0

Von den gültigen Stimmen entfielen auf:

Wahlvorschlag 1 (SPD-Fraktion)	18 Stimmen
Wahlvorschlag 2 (CDU-Ratsfraktion):	13 Stimmen
Wahlvorschlag 3 (Fraktion DIE LINKE):	15 Stimmen
Wahlvorschlag 5 (Fraktion FDP):	6 Stimmen

Somit wurden gewählt:

Szymenderski, Peggy  
Schulze, Jan

#### Beschluss B-260/2011

1. Der Stadtrat beschließt, die bisher vom Stadtrat gewählten und widerruflich bestellten Aufsichtsratsmitglieder der Heim gGmbH für medizinische Betreuung, Senioren und Behinderte Chemnitz Herrn Dr. Markus Horneber, Herrn Lars Kockisch, Herrn Dr. Veikko Gottschalk, Herrn Dr. med. Dieter Baaske, Herrn Christian Rösler, Frau Peggy Szymenderski (SPD-Fraktion) sowie Herrn Falk Ulbrich (CDU-Ratsfraktion) abuberufen.
2. Der Stadtrat wählt Herrn Matthias Forbrig, Herrn Lars Kockisch, Herrn Dr. Veikko Gottschalk, Herrn Dr. Dieter Baaske und Herrn Christian Rösler sowie Herrn Philipp Rochold, Frau Peggy Szymenderski und Herrn Jan Schulze und bestellt diese widerruflich in den Aufsichtsrat der Heim gGmbH für medizinische Betreuung, Senioren und Behinderte Chemnitz.

---

#### 10 Anfragen der Stadträtinnen und Stadträte

**Frau Stadträtin Pester (Fraktion DIE LINKE)** gibt eine schriftliche Anfrage zum Ausbau von Kindertagesstätten in der U 3-Betreuung ab. Da diese Anfrage 26 Punkte umfasst, sehe sie von der Beantwortung innerhalb der vorgeschriebenen Frist ab.

**Herr Stadtrat Lesch (Fraktion FDP)** möchte eine Frage zum Schlussbericht über das Prüfergebnis der Jahresrechnung 2010 stellen.



\*\*\*

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** bedankt sich für die im Jahr 2011 geleistete Arbeit. Sie wünscht allen Stadträtinnen und Stadträten sowie allen Gästen ein geruhsames Weihnachtsfest und alles Gute für den Jahreswechsel.

19.12.2011 *Barbara Ludwig*  
Datum Barbara Ludwig  
Vorsitzende  
des Stadtrates

21.12.2011 *Petra Zais*  
Datum Petra Zais  
Mitglied  
des Stadtrates

20.12.2011 *Dr. Langer*  
Datum Dr. Eberhard Langer  
Mitglied  
des Stadtrates

19.12.2011 *Seidel*  
Datum Seidel  
Schriftführerin